

Schule³

Im vergangenen Schuljahr gründeten Schulleiter*innen in der GGG NRW die Arbeitsgruppe Schule³. Das Besondere: Alle Schulleiter*innen leiten eine Schule an einem „herausfordernden“ Standort. Die Autorin, selbst Mitglied, berichtet über Hintergründe und Aktivitäten.



Dorothee Kleinherbers-Boden

Schulleiterin
Else Lasker-Schüler
Gesamtschule,
Wuppertal

DOROTHEE KLEINHERBERS-BODEN

Zu wenige Lehrer*innen, Sonderschulpädagog*innen, zu viele Seiteneinsteiger*innen mit unzureichenden Deutschkenntnissen, zu große Klassen (selbst bei Inklusion gibt es im 5. Jahrgang keine gesicherte Höchstgrenze), Integrationsprobleme mit abgeschulten Schüler*innen, – all diese Probleme kenne viele Schulen der integrierten Systeme. Es gibt sogar etliche Schulen, an denen diese Probleme noch potenziert auftreten. Dies sind Schulen, die auf Grund ihres Standortes zum Standorttyp 5 (oder auch 4) gehören. Von diesen Schulen haben sich Schulleiter*innen in der Arbeitsgruppe „Schule³“ zusammengeschlossen.

Die Arbeitsgruppe einigte sich in einem sehr kreativen Prozess auf den Namen „Schule³“ und ergänzte diesen Namen durch die Adjektive „bunt“ – wie die Schülerschaft und die Herausforderungen, die sich daraus ergeben, „solidarisch“ – im Zusam-

menschluss mit den anderen betroffenen Schulen in dieser Initiative, „stark“ – starke Schulen, nur so können diese Schulen so herausragend gute Arbeit für die Schüler*innen leisten.

Gesellschaftliche Segregation

In vielen Städten, insbesondere in den Ballungsräumen, gibt es Stadtteile, die schon durch ihr äußeres Erscheinungsbild dokumentieren, dass die dort lebenden Menschen in vielen Bereichen von gesellschaftlicher Teilhabe abgeschnitten sind. Die Menschen leben in äußerst prekären Verhältnissen, ihr Alltag ist von Armut bestimmt und ihre Wohnsituation sowie das Umfeld sind von dieser Armut gekennzeichnet. Dass in diesen Stadtteilen überproportional viele Menschen mit Migrationshintergrund leben, ist ebenfalls offensichtlich. In diesen „Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf“ liegen natürlich auch Schulen, die

überwiegend von den dort wohnenden Kindern besucht werden und die daher dem Standorttyp 5 (bei den Lernstandserhebungen im 8. Jahrgang) zugeordnet werden. Da diese Stadtteile von den Schulträgern nicht bevorzugt werden, befinden sich die Schulgebäude häufig in einem desolaten Zustand.

Diese Schulen haben in den letzten Jahren erleben müssen, dass durch die Segregation in den Wohnquartieren die Bewältigung des Schulalltags zunehmend schwieriger geworden ist.

Insbesondere

- ist der Anteil der SGB II-Empfänger unter den Familien/Schüler*innen deutlich gestiegen,
- hat die Sprachkompetenz der Schüler*innen deutlich abgenommen,
- besuchen deutlich mehr Schüler*innen mit Förderbedarf, Migrationshintergrund, ohne deutsche Sprachkenntnisse und zum Teil ohne Alphabetisierung diese Schulen,
- ist die Personalversorgung deutlich schlechter geworden,
- steigen die Klassengrößen – bis hin zur Klassenneubildung – im Verlauf der Sekundarstufe I durch die Abschulung aus dem gliederten System

unzumutbar an, besonders an Standorten ohne Hauptschulen,

- wächst die Gefahr einer mehrfachen Benachteiligung aller Kinder an diesen Standorten, kognitive und soziale Erfolge geraten in Abhängigkeit vom Standort der Schule.

Dennoch: Schulen leisten viel!

An diesen Schulen sind die Belastungen für die Kollegien noch größer als an allen anderen Schulen, weil die Schülerschaft herausfordernder ist und gleichzeitig die äußeren Rahmenbedingungen (Gebäude, Ausstattung) noch belastender sind.

Dennoch wurden in den letzten Jahren in diesen Schulen auch hervorragende Konzepte entwickelt, um Schüler*innen gute Schulabschlüsse zu ermöglichen, den Übergang in den Beruf zu erleichtern bzw. zu ermöglichen und sie in ihrer Persönlichkeit stärken.

Forderungen

Die Arbeitsgruppe Schule³ belässt es nicht bei einer Beschreibung von Problemlagen, sondern entwickelte ein Grundsatzpapier, zeigt Lösungsmöglichkeiten und stellt Forderungen auf.

Kurzform der Forderungen

Lebensräume gestalten: Schulen an schwierigen Standorten benötigen besonders attraktive, gepflegte und Wertschätzung ausstrahlende Schulgebäude sowie eine Ausstattung, die die häuslich oft eingeschränkten Möglichkeiten der Schüler*innen kompensiert; Strukturen anpassen und verändern: Nach dem Schulkonsens 2011 hat sich die Situation der Schulen an schwierigen Standorten noch einmal deutlich verschlechtert, so dass unserer Meinung nach eine neue Schulstrukturdiskussion beginnen muss; Personelle Ressourcen erhöhen: Der Klassenfrequenzhöchstwert von 25 Schüler*innen ist in allen inklusiv arbeitenden Jahrgängen garantiert umzusetzen; die Lehrer*innenarbeitszeit muss so berechnet werden, dass auch die außerunterrichtlichen Aufgaben angemessen berücksichtigt werden; die Arbeit von Lehrer*innen, Abteilungsleitung und Schulleitung muss durch mehr Schulsozialarbeitsstellen und Schulpsycholog*innen professionell begleitet werden. Verbesserung der Personalversorgung: Um eine vorrangige Versorgung von Schulen an herausfordernden Standorten zu erreichen, müssen wirksame Anreize für potentielle Bewerber*innen geschaffen werden, damit die besten Lehrer*innen für

diese Schulen gewonnen werden können (Zulagen, Arbeit in den entsprechenden Schulen als Voraussetzung für Beförderungen, weniger Pflichtstunden). Pädagogische Freiheiten erweitern: Die Beschulung unserer Schüler*innen braucht Freiräume für fächerverbindendes Arbeiten, Ressourcenzuweisung für außerschulische Lernorte, alternative Wege in der Leistungsbeurteilung, größere Flexibilität in der Stunden-tafel.

Gespräche mit der Ministerin und Politik

Vertreter*innen von Schule³ stellten im Juni der Ministerin Yvonne Gebauer das Grundsatzpapier vor. Sie zeigte Verständnis für das Anliegen, stimmte der Forderung zu, dass Ungleiches ungleich behandelt werden muss, stellte aber lediglich einen Sozialindex in Aussicht. Es folgten ebenfalls Gespräche mit den schulpolitischen Sprechern der Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis90/Die Grünen, um auf politischer Ebene deutlich zu machen, dass die schwierige Situation der Schulen schnellstmöglich angegangen werden muss.

Landespressekonferenz

Zu Beginn des neuen Schuljahres 2019/20 stellte Schule³ die Problemanalyse und die daraus resul-

tierenden Forderungen an die Politik des Landes auf der Landespressekonferenz in Düsseldorf vor. Das Presseecho war breit gestreut und überaus positiv, da die Gefahr nachvollziehbar dargestellt wurde, dass unsere Systeme „gegen die Wand gefahren werden“, wenn nicht kurzfristige Unterstützung greift.

Weitere Aktionen

Schule³ hat damit begonnen, monatliche Aktionen in unterschiedlichen Kommunen durchzuführen, um die Missstände in der Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Mit dem Hinweis auf die Stärken der Schulen, auf das, was diese hervorragend können, wird in den unterschiedlichen Städten durch Aktionen darauf hingewiesen, was diese Schulen noch besser machen könnten, wenn sie zusätzliche Unterstützung im Sinne der Forderungen bekommen würden.

Im Namen derer Schüler*innen fordern Schule³ das Recht auf Bildungsgerechtigkeit ein, weil die Schüler*innen keine Stimme und keine Lobby haben, um dieses Recht einzufordern.

Schule³ wirbt für Solidarität bei integrierten Schulen, die sich an privilegierteren Standorten befinden. So hat sich z.B. die Schulleitungsvereinigung Gesamt-



schulen des Bezirks Düsseldorf vollständig hinter die Forderungen gestellt.

Das ist sehr wichtig, denn auch die integrierten Schulen an besseren Standorten haben mit vielfältigen Problemen zu kämpfen, können aber auch nachempfinden, was es heißt, wenn eine Schule an einem besonders schwierigen Standort steht. Die Unterstützung tut nicht nur gut, sondern zeigt auch, immer mehr Schulleiter*innen erkennen, wir müssen gemeinsam etwas zur Verbesserung der Bildungschancen unserer Schüler*innen tun.

V.l.n.r. Julia Gajewski, Dorothea Kleinherbers-Boden, Rainer Dahlhaus, Sprecher LPK

Foto Achim Elvert



Info

Ansprechpartner

Dorothee Kleinherbers-Boden / Edgar Schoppengerd / Julia Gajewski / Behrend Heeren
Kontakt ► SchuleHochDrei@GGG-web.de
Materialien ► <https://ggg-web.de/nw-aktuell>

Bad Sassendorfer Erklärung: Der Landessprecherrat der SDV-GE unterstützt die Forderungen des Verbundes Schule³, weil wir erkennen, dass die Bildungsgerechtigkeit in unserem Land mehr und mehr verloren geht. Wir empfehlen unseren Schulen, das Thema in die Schulen zu tragen. Wir empfehlen unseren Schulen, sich den Aktionen des Verbundes Schule³ anzuschließen.

Bad Sassendorf, 4.11.1950